



Von Günter Born

Die Mahn- und Gedenkstätte Steinwache

Gedenkstätten in NRW – Teil 10

Am 8. April 1931 widmete sich der Dortmunder *General-Anzeiger* in einem Beitrag dem neu eröffneten Polizeigefängnis in der Steinstraße. Er lobte die in der Dortmunder Nordstadt gelegene Haftanstalt als eine der "modernsten" in Deutschland. Er hob hervor, dass jede Zelle über ein "eigenes Klosett", eine "Warmwasserheizung" und "elektrisches Licht" verfüge. Die Einrichtung sei daher ein Musterbeispiel für humanen Strafvollzug. Der Beitrag endete mit der Forderung, "alle Polizeigefängnisse" sollten "dem vom Dortmunder Polizeipräsidium beschrifteten Wege folgen".

Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten avancierte das Polizeigefängnis indessen zu einer der berüchtigtsten Folterstätten der Gestapo. Die Opfer des NS-Terrors bezeichneten die Steinwache als "Hölle Westdeutschlands".

SPD-Bollwerk

Tatsächlich knüpften sich in der Zwischenkriegszeit an den 1926/27 im Stil der "Neuen Sachlichkeit" errichteten Gebäudekomplex vollkommen andere Ansprüche. Die Polizeistation und der Gefängnisstrakt sollten die Autorität, aber auch die Reformpostulate des sozialdemokratisch geführten preußischen Polizeiapparats zum Ausdruck bringen. Der Standort und die Bauweise der Steinwache wiesen über deren eigentliche Funktionen hinaus. Inmitten der proletarisch geprägten Nordstadt, einer Hochburg der KPD, sollte sie die Wehrhaftigkeit der Weimarer Demokratie auch architektonisch demonstrieren. Jedoch avancierte das Viertel rund um die Steinwache in der Endphase der Republik zum Schauplatz heftiger Auseinandersetzungen. Ebenso wie in anderen Städten und Regionen Deutschlands spitzten sich die politischen Konfrontationen in Dortmund zu Beginn der 1930er Jahre zu und

eskalieren zu einem "Versammlungskleinkrieg" (**Dirk Schuhmann**), der vornehmlich zwischen Kommunisten, Nationalsozialisten und der Polizei ausgetragen wurde. Vor allem die Aktivisten der SA traten dabei besonders aggressiv in Erscheinung.

Das organisatorische Zentrum der NS-Bewegung in Dortmund lag in der östlichen Innenstadt, wo sich die Geschäftsstelle der NSDAP (Schwanenwall) und das Hauptquartier der SA (Hamburger Straße) befanden. Deren Aktivisten unternahmen von dort aus regelmäßige Vorstöße in die Nordstadt mit dem Ziel, sich das Territorium des politischen Gegners zumindest temporär anzueignen. Einen Höhepunkt dieser "raumorientierten Gewalt" (**Daniel Schmidt**) stellte der Dortmunder "Blutsonntag" dar. Am 16. Oktober 1932 führte die SA einen Aufmarsch in der Nordstadt durch, bei dem es zu schweren Zusammenstößen und Schusswechseln zwischen vorwiegend kommunistischen Gegen-

demonstranten und der Polizei kam. Sie forderten zwei Tote und 14 Schwerverletzte.

Die Schwanenwall-Affäre

Allerdings verschärfen sich zu Beginn der 1930er Jahre auch die Konfliktlinien zwischen dem SPD-geführten Dortmunder Polizeipräsidium und den Nationalsozialisten. Polizeipräsident **Josef Lübbring** und dessen Nachfolger **Karl Zörgiebel** (letzterer war maßgeblich für die polizeilichen Gewalteskalationen während des Berliner "Blutmai" 1929 verantwortlich) schritten vergleichsweise konsequent gegen NS-Aktivitäten ein.

Die Justiz blieb hingegen in ihrer Haltung gegenüber der extremen Rechten indifferent. In einer an das Preußische Innenministerium gerichteten Beschwerde vom Januar 1931 beklagte Lübbring die Einseitigkeit der Dortmunder Gerichte, die Nazis mit großer Milde behandelten. Diese Einschätzung sollte sich im Zuge der sogenannten Schwanenwall-Affäre bestätigen. Im April 1932 hatten Polizisten nach Auseinandersetzungen mit NSDAP-Anhängern die Geschäftsstelle der Partei unter Einsatz des Gummiknüppels geräumt. Die Nazis erstatteten daraufhin Anzeige gegen mehrere Beamte wegen Körperverletzung im Amt und Hausfriedensbruch. In einem Verfahren, in dem fast nur Belastungszeugen zu Wort kamen, die der NSDAP nahestanden, verurteilte Landgerichtsdirektor **Ernst Eckhardt** im August 1932 die angeklagten Polizisten zu Haftstrafen. Die Nazis triumphierten.

Für Eckhardts Karriere erwies sich der Ausgang des Prozesses als förderlich. Nach 1933 stieg er zum Vorsitzenden des Dortmunder Sondergerichts auf und war in dieser Funktion an mindestens 61 Todesurteilen beteiligt. Indessen trug der Ausgang des Prozesses zu einer weiteren Demoralisierung der Polizei bei, die sich schließlich nach der Machtübernahme auch in Dortmund weitgehend widerstandslos ins Herrschaftssystem des Nationalsozialismus einfügte.

Die Hölle Westdeutschlands

Von Beginn an stellten die Steinwache und der angrenzende Gefängnisbau einen zentralen Schauplatz des NS-Terrors dar. Als das Regime im Februar 1933 mit der Zerschlagung der Arbeiterbewegung begann, wurden auch in Dortmund mehrere hundert Personen festgenommen und in die Steinstraße verschleppt. Dabei tat sich vor allem die SA hervor. Schwere Misshandlungen von Gefangenen gehörten in der Steinwache zum Alltag. Die Angehörigen der Schutzpolizei, in deren Räumen sich die Exzesse abspielten, ließen die SA gewähren, sei es aus Verunsicherung angesichts erster Entlassungen "unzuverlässiger" Beamter, sei es aus Sympathie für die neuen Machthaber.

Reibungslos vollzog sich kurze Zeit später auch der Einzug der Gestapo in die Steinwache. Der Gefängnisstrakt diente von nun an als Außenstelle der in Dortmund-Hörde gelegenen Gestapo-Zentrale für den Regierungsbezirk Arnsberg. Zwar endete die Phase des "wildes Terrors" der SA mit deren Entmachtung, die Häftlinge in der Steinwache blieben aber systematischen Folterungen durch Gestapo-Beamte ausgesetzt. Bis 1936 kamen dort 17 Personen ums Leben.

Die Herkunft der Häftlinge spiegelte die verschiedenen Phasen nationalsozialistischer Verfolgung wider. Stellten zunächst Gewerkschafter, KPD- und SPD-Mitglieder den größten Teil der Gefangenen, wurden im Zuge der Pogromnacht am 9./10. November 1938 etwa 75 Prozent der jüdischen Männer Dortmunds in die Steinwache verschleppt. Ab Mitte 1942 richtete die Gestapo ihre Aufmerksamkeit vor allem auf die rund 30.000 Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter, die in Dortmunder Betrieben und im Bergbau eingesetzt waren. Mindestens 8.600 von ihnen wurden bis zum Kriegsende vorübergehend in der Steinwache festgehalten. Zusammen mit den über 21.000 Personen, die zwischen 1933 und 1945 aus politi-

schen Gründen inhaftiert worden waren, stellten sie gut die Hälfte aller Gefangenen.

Der NS-Terror verschärfte sich in der Kriegsendphase ab März 1945. Der Dortmunder Gestapo war es im Februar gelungen, mehrere aktive Widerstandsgruppen zu zerschlagen, zu denen sich vorwiegend Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und KPD-Angehörige zusammengeschlossen hatten. Wie mit den Verdächtigen verfahren werden sollte, kam in einer Anordnung der Gestapo-Leitstelle Düsseldorf unmissverständlich zum Ausdruck: "Die Betreffenden sind zu vernichten, ohne im formellen Weg vorher beim RSHA Sonderbehandlung zu beantragen." Dementsprechend ermordete die Gestapo im März und April 1945 in der Bittermark und im Rombergpark rund 300 Gefangene, die teilweise zuvor in der Steinwache und in der Hörder Gestapo-Zentrale schlimmsten Misshandlungen ausgesetzt gewesen waren. Die letzten Erschießungen fanden am 12. April 1945 statt. Einen Tag später rückte die US-Armee in Dortmund ein und setzte den NS-Schrecken ein Ende.

Mahnmal in der Bittermark

Erste Erinnerungszeichen entstanden bereits einige Tage später, als die amerikanische Militärverwaltung die von der Gestapo in der Bittermark und im Rombergpark verscharrten Leichen exhumieren ließ. Die Ermordeten wurden zunächst auf Friedhöfen in Dortmund-Hörde und auf einer Wiese in der Bittermark beigesetzt. Im städtischen Gedächtnis blieben die Gestapo-Morde der Kriegsendphase präsent.

Im Jahr 1954 konstituierte sich ein städtischer Arbeitskreis, der den Bildhauer **Karel Niestrath** und den Architekten **Will Schwarz**, beide ehemalige Verfolgte des NS-Regimes, mit der Errichtung eines Mahnmals in der Bittermark beauftragte. An dessen Ausgestaltung wurde auch die *Vereinigung der französischen Zwangs- und Arbeitsdeportierten* beteiligt, da zahlreiche Opfer der Dortmunder Gesta-

po-Morde aus Frankreich stammten. An Ostern 1960 wurde die Anlage im Rahmen einer feierlichen Zeremonie eingeweiht.

Es erscheint bemerkenswert, dass das Mahnmal in der Bittermark zu einer Zeit entstand, in der die Erinnerungskultur der Bundesrepublik durch kollektive Schuldabwehr und ostentatives Verdrängen der NS-Vergangenheit gekennzeichnet war. Zwei Aspekte mögen eine Rolle gespielt haben. Zum einen ist das Engagement der französischen Opferverbände zu nennen, die sich intensiv um die Aufklärung der Gestapo-Morde bemühten und für die Errichtung eines angemessenen Erinnerungsortes eintraten. Zum anderen fügte sich das Mahnmal in das offizielle, vorwiegend sozialdemokratisch geprägte städtische Gedächtnis, das die Verfolgung und den Widerstand der Arbeiterbewegung im Nationalsozialismus zu identitätsstiftenden Referenzpunkten stilisierte. Dies änderte freilich nichts daran, dass auch in Dortmund die juristische Ahndung der NS-Verbrechen weitgehend im Sande verlief. So mussten sich von den 150 Gestapo-Beamten, die mutmaßlich an den Morden im Rombergpark und in der Bittermark beteiligt gewesen waren, lediglich 27 vor dem Landgericht Dortmund verantworten. 15 Angeklagte wurden freigesprochen, 12 erhielten Haftstrafen von zwei bis sechs Jahren.

Vom Gefängnis zur Gedenkstätte

Zwar verfügte die Dortmunder Erinnerungskultur mit dem Mahnmal in der Bittermark seit 1960 über einen symbolträchtigen Ort, die Steinwache als einer der zentralen Schauplätze nationalsozialistischer Verfolgung rückte indessen erst ein Vierteljahrhundert später ins öffentliche Bewusstsein. Bis Mitte der 1980er Jahre wurden die Wachräume und der angrenzende Zellentrakt pragmatisch genutzt: Bereits 1945/1946 bezog das von der britischen Militärverwaltung reorganisierte Zentrale Polizeikom-

mando der Stadt den Gebäudekomplex. Das Polizeigefängnis blieb bis 1959 in Betrieb, die Dienststelle des Schutzbereichs Nord der Dortmunder Polizei residierte bis 1976 in der Steinstraße. Zwischen 1961 und 1986 diente der Gefängnisbau als Übernachtungsstelle für Obdachlose.

Die Entdeckung der Steinwache als Erinnerungsort fiel in die 1980er Jahre, in einen Zeitraum also, in dem, meist angestoßen von Geschichtsinitiativen, aber auch durch Gruppen wie die *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes* (VVN) oder die *Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit*, in vielen anderen Städten und Regionen Nordrhein-Westfalens die Spurensuche nach der verdrängten lokalen Geschichte des Nationalsozialismus einsetzte. Der Fokus richtete sich meist auf den Widerstand gegen das NS-Regime. Dementsprechend entstand 1981 eine vom Stadtarchiv in Kooperation mit NS-Opferverbänden konzipierte Ausstellung "Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933-1945", in deren Zentrum das widerständige Verhalten vor allem der sozialdemokratischen, aber auch der kommunistischen Arbeiterbewegung stand.

Das immense Publikumsinteresse führte zu ersten Vorstößen, in Dortmund eine kontinuierlich arbeitende Gedenkstätte einzurichten. Als einer der wenigen erhalten gebliebenen "authentischen Orte" nationalsozialistischer Verfolgung konzentrierte sich die Diskussion schon bald auf die seit 1986 ungenutzte Steinwache. Nach einem entsprechenden Ratsbeschluss wurde dort schließlich im Oktober 1992 die "Mahn- und Gedenkstätte Steinwache" eröffnet, deren Kern bis heute die überarbeitete und erweiterte Ausstellung "Widerstand und Verfolgung" bildet.

Die Zukunft der Erinnerung

Im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte ist die Einrichtung zu einem wichtigen Bestandteil der pädagogischen Auseinandersetzung mit der NS-Zeit in

Dortmund geworden. Diese Entwicklung verweist auf die gewachsene gesellschaftliche und politische Akzeptanz einer Gedenkstättenlandschaft, die in zähen Auseinandersetzungen gegen zahlreiche Widerstände an vielen Orten regelrecht erstritten werden musste.

Andererseits zeigen sich am Beispiel der Steinwache eine Reihe von Problemen und Herausforderungen, mit denen Lern- und Erinnerungsorte zum Nationalsozialismus künftig konfrontiert sein werden. So verharren viele Gedenkstätten auf dem mittlerweile oftmals überholten inhaltlichen und didaktischen Stand ihres Entstehungszeitraums. Mit Blick auf die Steinwache wäre etwa auf Grundlage neuerer Forschungen zur Alltagsgeschichte des Nationalsozialismus die vereinfachende Gegenüberstellung in der Dauerausstellung "Widerstand und Verfolgung" zu hinterfragen. Dies gilt auch und besonders für die Rolle der Polizei im "Dritten Reich". Zwar widmet sich die Darstellung in der Steinwache durchaus zu Recht dem Terror der Gestapo, die in den vergangenen Jahren umfangreich dokumentierte Bedeutung der "ganz normalen Männer" (**Christopher Browning**) der Ordnungspolizei als Vollstrecker und "Fußvolk der ‚Endlösung‘" (**Klaus-Michael Mallmann**) bleibt hingegen weitgehend unterbelichtet.

Neukonzeptionen von Lern- und Erinnerungsorten zum Nationalsozialismus, die inhaltlich den aktuellen Stand der Forschung aufbereiten und ausstellungsdidaktisch an die Seh-, Hör- und Lesegewohnheiten der Besucher anknüpfen, kosten freilich Geld, das Einrichtungen wie der Steinwache nur bedingt zur Verfügung steht. Eine angemessene Finanzierung der NS-Gedenkstätten bleibt daher eine Forderung, die nach wie vor auf der Tagesordnung steht. Doch damit ist es nicht getan: Gedenkstätten benötigen eine solidarische, aber durchaus auch kritische Begleitung von außen, um inhaltlichen Verkrustungen und pädagogischen Routinen zu entgehen. ★